Inhaltliche Zusammenfassung der Positionen der Parteien zur Veranstaltung:

„Fachkräftemangel im Sozial- und Gesundheitsbereich: Was kann Bayern tun?“

Fachgespräch mit Münchner Landtagsabgeordneten und Kandidat*innen

zur Landtagswahl 2023

am Montag, 25.09.2023, 17.00-19.00 Uhr

in der Katholischen Stiftungshochschule München (KSH), Preysingstraße 83

1. **Einstiegsfrage: Wie stark ist die Gewichtung auf einer Skala von 1-10 für das Thema Fachkräftemangel in Ihrem politischen Programm?**

CSU	Fachkräftemangel ist vorhanden und ein Problem, Fachkräftemangel ist Teil eines Strukturwandels; sozialer Bereich ist stark gewachsen in den letzten Jahren, aktueller Mangel ist daher Teil einer normalen Entwicklung.
FW	Thema hat hohen Stellenwert (10 Punkte); Hintergrund Demografie -> weniger Leute für mehr Arbeit.
FDP	Thema ist wichtig, es geht hier um Schwächste der Gesellschaft (Kinder, alte Menschen), Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hierbei ein entscheidender Ansatzpunkt.
SPD	Wichtiges Thema, das angegangen werden muss, ansonsten können gesellschaftliche Herausforderungen nicht gestemmt werden; Fachkräftemangel hat Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft.
Grüne	Thema ist von hoher Wichtigkeit, Fachkräftemangel ist auch ein Gleichberechtigungsthema.

2. **Schaffung von Studien- und Ausbildungsplätzen und Position zu privaten Hochschulen v.a. im Hinblick auf die Qualitätssicherung**

CSU	Berufswünsche unterliegen auch gesellschaftlichem Wandel, es muss auf Zuständigkeiten von Bund/Kommunen/Ländern geachtet werden, wenn es um die Schaffung von Ausbildungsplätzen geht. Neben dem Regelsystem private Anbieter zu haben, ist befruchtend. Duales System ist Deutschlands Stärke und stellt einen Standortvorteil dar. Der Praxisbezug in den Ausbildungen ist wichtig. Der hohe Bildungsstandard in Deutschland sollte erhalten bleiben.
FW	Es wurden bereits Maßnahmen ergriffen, um hier mehr Ausbildungsplätze zu schaffen (z.B. an Fachakademien und Berufsfachschulen). Es werden aber nicht alle verfügbaren Plätze besetzt. Daher muss hier vor allem auch für die entsprechenden Berufe geworben werden (z.B. Tag der Pflege an Schulen). Staatliche Hochschulen sind in der Tendenz besser, das staatliche Schulsystem ist wichtig, aber ebenso die Freiheit für die Gründung privater Schulen. Vor allem in einer Situation eines hohen Bedarfs brauchen wir auch private Hochschulen.
FDP	Alle, die eine Ausbildung in den vom Fachkräftemangel betroffenen Bereichen machen wollen, sollen auch eine solche machen können. Die Bildungsaufgabe im Kinderbetreuungsbereich muss ernst genommen werden. Hier sollte unser Anspruch hoch sein.
SPD	Es braucht eine ausreichende Finanzierung der staatlichen Hochschulen. Auch muss darauf geachtet werden, Ausbildungen für Berufe passgenau und praxistauglich weiterzuentwickeln.

Grüne	Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass es für Ausbildung gut ist. Pauschal schlecht über private Anbieter zu sprechen, ist nicht hilfreich. Fokus sollte aber auf der tatsächlichen Besetzung der Stellen liegen und nicht nur auf der Zahl der Ausbildungsplätze.

3. Frage: Um Fachkräfte zu gewinnen, müssen wir in die Finanzierung der Ausbildung investieren – wie kann das gelingen?

CSU	Kinderbetreuung ist kommunale Aufgabe. Ausbildungsvergütungen zu verhandeln ist Aufgabe der Gewerkschaften.
FW	Familiengeld ist eine gute Sache, es hilft vielen Familien. Arbeitgeber sind für die Ausbildungsvergütung verantwortlich (in diesem Fall die Kommunen). Hier kann das Land auch unterstützen, je nach Lage der Kommunen.
FDP	Abschaffung des pauschalen Familiengeldes zugunsten von Qualität in KitaE und Refinanzierung der vergüteten Ausbildung. Dafür müssen auch Regularien gelockert werden.
SPD	Ausbildung muss finanziert werden und Vergütungen müssen angepasst werden, um attraktiv zu sein. Es braucht zudem auch eine Refinanzierung für anderen Formate wie Quereinstieg.
Grüne	Familiengeld sollte in Strukturen fließen, keine pauschale Auszahlung an alle Familien. Grüne setzen sich schon seit Jahren für die Vergütung der Ausbildungen ein.

4. **Anerkennung ausländischer oder weiterer Abschlüsse – wie kann es da weitergehen, wie kann das gelingen?**

CSU	Bayern hat einen hohen Bildungsstandard und ist daher zurückhaltend bei der Anerkennung anderer Abschlüsse. Es gibt hier aber Nachholbedarf, vor allem im Kita-Bereich.
FW	Es gibt zu wenig Leute hier in Bayern, die als Fachkräfte eingesetzt werden können. Wir müssen bei der Anerkennung schneller und zentraler werden, aber gleichzeitig müssen wir auch darauf achten unsere hohen Qualitätsstandards beizubehalten. Dafür braucht es Prüfung.
FDP	Lange Anerkennungsprozesse können wir uns nicht leisten. Die Chance auf Multiprofessionalität und Mehrsprachigkeit sollte genutzt werden. Es braucht klare Standards für die Anerkennung, denn auch die Qualität muss stimmen.
SPD	Alle Maßnahmen zur berufsbegleitenden Nachqualifizierung und zum Quereinstieg müssen genutzt werden.
Grüne	Vorhandenes Potenzial sollte genutzt werden. Zuständigkeiten sind zu kompliziert und unklar geregelt. Hier muss vereinfacht werden.

5. Quereinstieg: Qualifizierung und Refinanzierung

CSU	Potenzial für Zuwanderung aus der EU ist ausreichend. Dafür muss sich Arbeit in Deutschland wieder lohnen. Hierfür braucht es Steuersenkungen.
FW	
FDP	Bürokratieabbau und Entlastung des pädagogischen Personals von Verwaltungstätigkeiten sind zentral.
SPD	Lange Wartezeiten sind ein Problem. Hier müssen wir schneller werden. Auch über andere Anreize wie Förderung von Personalwohnungen muss nachgedacht werden.
Grüne	Nachqualifikation können sich nicht alle leisten. Es sollte auch über non-formale Kompetenzen beim Zugang zu Ausbildung oder Studium nachgedacht werden.

6. Abschlussstatements/Reaktion auf Fragen aus dem Publikum

CSU	Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, muss Deutschland ein attraktiver Wirtschaftsstandort für Arbeitskräfte aus der EU sein. Sprache ist dabei ein Schlüssel und stellt zugleich das Spannungsfeld zum Thema Anerkennung dar.
FW	Beim Thema Anerkennung gibt es Nachholbedarf, vor allem auch für Menschen aus Drittstaaten. Quereinstieg wird mehr, auch weil hier schon viel unternommen wurde (z.B. Regionalprämie für Lehrer*innen).
FDP	Es geht vor allem auch darum, Mitarbeiter*innen zu halten (z.B. durch einen guten Fachkraft-Kind-Schlüssel, Beschäftigung von Menschen mit Behinderung im ersten Arbeitsmarkt). Menschen, die zu uns kommen durch Flucht oder Migration, sollen auch hier arbeiten dürfen.
SPD	Bezahlbaren Wohnraum (nicht nur, aber auch) für Fachkräfte im sozialen Bereich schaffen. Es passiert schon viel beim Thema Zuwanderung (z.B. Chancenaufenthaltsrecht), hier müssen wir dran bleiben.
Grüne	Thema Migration und Flucht ist in diesem Kontext wichtig. Wer hier arbeitet, sollte Anspruch auf Bleibe haben.